

Außerordentlicher SSW-Parteitag, Tarp, 7.03.2009

Tagesordnungspunkt 6

**SSW-Forderungen in Verbindung mit der
Wirtschaftskrise**

Redebeitrag von Anke Spoorendonk, MdL

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310

Fax (0461) 144 08 313

info@ssw.de

Kære venner,
liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Krise der Finanzwirtschaft konfrontiert uns täglich mit neuen Hiobsbotschaften. Immer mehr Branchen sind von der Wirtschaftskrise betroffen; in vielen Unternehmen ist Kurzarbeit angesagt und die Arbeitslosenzahlen steigen fast täglich. Aber nicht nur Firmen droht der Konkurs, wir sind so weit, dass sogar Staaten im finanziellen Morast steckenbleiben.

Dass die Aktienmärkte verrückt gespielt haben und einige Länder – wie Island – kurz vor dem Staatsbankrott stehen, ist aber weder die Strafe Gottes noch ein Ausläufer der Klimapolitik. Was wir erleben, ist die Folge einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die gewollt war und für diejenigen profitabel war, die es sich leisten konnten, mitzuspielen. Und mitgespielt haben weiß Gott nicht nur Investmentbanker und Großspekulanten. Neoliberale Wirtschaftswissenschaftler haben die Effizienz der Kapitalmärkte über den grünen Klee gelobt. Politiker sind vor diesen Wissenschaftlern in die Knie gegangen und haben bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit den Grundsatz ‚so wenig Staat wie möglich‘ propagiert. Und viele Bürger haben es sich gern einreden lassen, man könne mit einem schnellen Geschäft an den Finanzmärkten quasi ohne Risiko reich werden.

Das ist nun zu Ende. Trotz Staatsgarantien in Milliardenhöhe und niedrigen Leitzinsen sind die Banken aber weiterhin extrem zurückhaltend, wenn es darum geht, neue Kredite zu vergeben. Und genau dies bringt immer mehr Unternehmen – gerade auch im Mittelstand – in finanzielle Schwierigkeiten. Umso verständlicher ist es, wenn die Wut der Menschen steigt und die Zweifel an einem wirtschaftlichen System wachsen, das solche Auswirkungen hat.

Dabei sind alle bisherigen politischen Gegebenheiten völlig auf den Kopf gestellt worden. Wir sind sogar so weit, dass eine CDU/SPD-Bundesregierung ernsthaft eine Verstaatlichung von Banken diskutiert und auch Staatsbeteiligungen an Firmen nicht mehr ausschließt. Wer hätte das vor einem halben Jahr auch nur ansatzweise gedacht!

Als regionale Partei hat der SSW diesen neoliberalen Mainstream schon seit Jahren bekämpft. Es erfüllt uns aber gar nicht mit Genugtuung, dass wir Recht gehabt haben. Denn die Leidtragenden sind die Menschen vor Ort – sie müssen wie immer die Zeche zahlen, die andere ihnen eingebrockt haben.

Der SSW fordert ein Umdenken bei den Eliten dieses Staates. Wir fordern eine Kehrtwende zu mehr Gemeinschaftssinn und zu mehr sozialer Verantwortung. Kurz um: Für den SSW ist es von herausragender Bedeutung, dass der Staat für die Bürgerinnen und Bürger die sozialen Folgen dieser schweren Finanzkrise abfedert. Das Beispiel HSH Nordbank sollte uns dabei eine Warnung sein. Es geht also auch darum, vernünftige Kontrollmechanismen zu entwickeln, so dass die Märkte und der Staat so aufgestellt sind, dass sie sich sinnvoll ergänzen.

Dennoch bin ich davon überzeugt, dass uns diese Krise auch die Chance bietet, unsere gesellschaftlichen Grundwerte wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu gehört aus Sicht des SSW, dass jeder von seiner Arbeit leben können muss und dass die Kapitalerträge nicht der einzige Maßstab in den Unternehmen sein kann. Nur so wird es möglich sein, dass Menschen auch weiterhin in unserer Region leben und arbeiten können.

Der SSW hat daher auch das Konjunkturprogramm II begrüßt, um durch öffentliche Investitionen Arbeitsplätze im regionalen Mittelstand zu erhalten und die Wirtschaft vor Ort anzukurbeln. Umso ärgerlicher ist es, dass die Förderrichtlinien zur Verteilung dieses Investitionsprogramms von 430 Mio Euro für Schleswig-Holstein noch nicht vor

liegen, obwohl das Geld schon in zwei Monaten fließen soll. Diese Unklarheit steht in krassem Kontrast zu der hektischen Betriebsamkeit, die das Konjunkturprogramm in den letzten Monaten ausgelöst hat.

Der SSW begrüßt ausdrücklich, dass die Landesregierung einen Anteil von 2,8 Millionen Euro für die Schulen des Dansk Skoleforening festgeschrieben hat. Trotzdem ist es so gut wie sicher, dass die freien Träger bei der Verteilung der übrigen Mittel benachteiligt werden. Denn die Prioritäten werden von den Kommunen gesetzt. Sie entscheiden, welche Investitionsmaßnahmen am wichtigsten sind. Und es ist nur menschlich, dass ihnen dabei das kommunale Hemd näher sein wird als die frei getragene Hose. Dies betrifft natürlich die dänischen und friesischen Organisationen und Vereine, die es schwer haben werden, für ihre Anliegen Gehör zu finden. Aber es betrifft bei weitem nicht nur die Minderheiten. Auch Einrichtungen in Trägerschaft der Kirchen, der ADS oder der AWO haben damit zu kämpfen, dass niemand verpflichtet ist, sie zu berücksichtigen. Wir fordern daher, dass in den Förderrichtlinien auch die Fördersumme der Investitionen freier Träger für andere Bereiche wie Kindertagesstätten, Sportstätten oder Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raumes verbindlich festgeschrieben werden. Nur so lässt sich sichern, dass das kommunale Investitionsprogramm auch diesen Trägern zugute kommt.

Die Finanzkrise hat uns neben dem Konjunkturprogramm II in Schleswig-Holstein auch eine Bankenkrise beschert. Die Sparkassen des Landes standen mit ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag mal wieder zur Diskussion, obwohl gerade die Finanzkrise beeindruckend gezeigt hat, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen sowohl erfolgreich als auch zukunftsorientiert ist. Der SSW fordert daher den Erhalt des dreigliederigen Bankensystems in Deutschlands und vor allem der Sparkassen mit ihrer Gemeinwohlorientierung und ihrer verantwortungsvollen Verankerung in der Region. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Sparkassen ist mit uns nicht drin!

Neben den Sparkassen hat uns in den letzten Monaten und wird uns wohl auch in den kommenden Monaten die HSH Nordbank in Atem halten. Diese Bank hat erschreckend deutlich gezeigt, welche Auswirkungen die reine Fokussierung auf Rendite für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger haben kann. Wir haben es

hier mit einer Bank zu tun, die bis heute eine katastrophale Informationspolitik verfolgt und sowohl einen völlig überforderten Aufsichtsrat weiter im Dunkeln tappen lässt als auch eine strategische Neuausrichtung umsetzen möchte, die eine Farce für diese Region ist. Die HSH Nordbank möchte sich wieder auf ihre regionalen Kerngeschäfte besinnen und beweist gleichzeitig, dass ein Mehrwert dieser Bank für die Region nicht vorhanden ist. Als Krönung des gesamten Desasters lässt sich die Landesregierung vom Bund mit einer Absage abspeisen und beschließt zusammen mit Hamburg ein 13-Milliarden-Rettungspaket. Dabei müssen wir uns bewusst machen, dass dem gesamten Haushalt des Landes Schleswig-Holstein entspricht und dass jetzt weitere Schulden zu dem bisher bereits riesigen Berg von 23 Milliarden Euro dazukommen.

Aus Sicht des SSW ist diese Politik völlig verantwortungslos. Für uns steht daher fest, dass wir eine derart riskante Entscheidung auf der Grundlage von Hörensagen nicht treffen. Für die Abgeordneten von CDU und SPD mag es als Entscheidungsgrundlage ausreichen, dass der Chef diktiert, wofür sie die Hand zu heben haben. Diese Politik des ‚was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß‘ ist aber vollkommen verantwortungslos und erinnert mehr und mehr an russisches Roulette. Vor dem Lauf steht aber kein CDU- oder SPD-Politiker, sondern alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein. Deshalb gilt für uns: Solange keine zuverlässigen Materialien und kein kompetenter Rettungsvorschlag vorliegen, stimmt der SSW einer weiteren Verschuldung des Landes garantiert nicht zu.

Das gilt ebenso für die von der Föderalismuskommission beschlossene Schuldenbremse. Der SSW begrüßt ausdrücklich das Ziel der Föderalismuskommission II, eine verbindliche Schuldenbremse einzuführen. Wenn wir nicht auf Kosten kommender Generationen leben wollen, müssen wir mit aller Kraft ausgeglichene Haushalte anstreben. Es kann aber nicht sein, dass eine Schuldenregelung beschlossen wird, die die bestehenden Altschulden der Länder nicht berücksichtigt.

Für Schleswig-Holstein bedeutet die vereinbarte Schuldenbremse konkret, dass wir das strukturelle Defizit im Haushalt von 600 Millionen Euro pro Jahr ausgleichen müssen und dafür vom Bund neun Jahre lang jeweils 80 Millionen bekommen. Übrig bleiben also 520 Millionen Euro, die das Land jährlich selbst einsparen muss. Allein

daran lässt sich schon erkennen, dass diese Schuldenregelung das Land langsam erdrosseln würde. Denn sie hätte nicht nur zur Folge, dass wir politisch so gut wie gar nichts mehr gestalten können. Das Land wäre sogar gezwungen, in Kernbereichen wie der Bildung oder bei der Polizei massiv zu sparen. Das kann niemand verantworten.

Zumal die Wirklichkeit ja heute noch schlimmer als vor einem Jahr ist, als man begann, über eine Schuldenbremse zu sprechen. Wir gehen in eine Krisenzeit, in der der Landeshaushalt und die Kommunen durch Konjunkturprogramme, durch die Probleme der HSH Nordbank und durch steigende Arbeitslosigkeit bis an alle Grenzen strapaziert werden. Gerade in solchen Zeiten können wir uns nun wirklich nicht auch noch aus den Schulden heraus sparen wollen. Null Schulden erreichen wir nur durch mehr Einnahmen. Da dies im Moment unrealistisch ist, würde die beschlossene Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt eine tödliche Wirkung für Schleswig-Holstein entfalten. Deshalb muss sich die Landesregierung eines Besseren besinnen und im Bundesrat gegen die Schuldenbremse stimmen.

Wenn Peter Harry Carstensen dieser Schuldenregelung zustimmt, dann kommt dies einem finanzpolitischen Selbstmord gleich. Wir können nicht einfach hinnehmen, dass dem Land die Luft zum Atmen genommen wird, weil der Ministerpräsident nicht den Mut hat, auf Bundesebene für sein Land zu kämpfen. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unsere Resolution.